



Was uns fehlt

Die FDP ist die einzige Partei, die auf die nach wie vor drängenden Fragen der Politik ein in sich schlüssiges Reformkonzept hat. Dieses findet sich in unserem Grundsatzprogramm, den Wiesbadener Grundsätzen von 1997. Grundsätzlich sind die dort gegebenen Antworten auf die Fragen nach politischen Veränderungen heute noch genauso aktuell wie damals. Noch immer brauchen wir echte Reformen in den Sozialversicherungssystemen, in der Rente, Pflege und Gesundheit. Und als Grundlage für solche Reformen brauchen wir eine große Steuerreform, gleichsam als Mutter aller Reformen. Zum einen, um das komplizierteste System der Welt, unser Steuersystem, radikal zu vereinfachen und zum anderen, um die Menschen netto zu entlasten, damit sie überhaupt erst mal die finanziellen Mittel für die notwendigen Reformen in den Sozialversicherungssystemen zur Verfügung haben.

Obwohl die FDP also die richtigen politischen Antworten hat, stellt sich unweigerlich die Frage, warum sich dieses gute Programm nicht immer in guten Wahlergebnissen widerspiegelt. Zu glauben, das liege alleine an der Vermittlung und/oder an den Personen, die unser Programm öffentlich vertreten, wäre zu einfach. Die Schwierigkeit des politischen Liberalismus ist nicht mehr nur eine Frage des Marketings. Bei aller Überzeugung von der programmatischen Richtigkeit unseres Grundsatzprogramms müssen wir erkennen, dass sich die gesellschaftliche Emotionalität im Jahre 2008 wesentlich von der Emotionalität Mitte der 90er Jahre unterscheidet.

War die Stimmung in den 90er Jahren von einem positiven optimistischen Aufbruch gekennzeichnet, der durch die Wiedervereinigung geprägt wurde, so ist die gesellschaftliche Stimmung heute völlig anders: Nach einem Börsenhype in den Jahren 1999 und 2000 ist mit dem Platzen der Börsenblase die gesellschaftliche Aufbruchsstimmung verloren gegangen. Mit dem Niedergang

der T-Aktie wurden nicht nur Milliarden an volkswirtschaftlichem Vermögen vernichtet, sondern dadurch auch der Mut und Optimismus in unserer Gesellschaft. Schwerer noch wiegt der aus der Börsenkrise folgende Vertrauensverlust der Menschen in die Soziale Marktwirtschaft.

Diese nach wie vor vorherrschende Stimmung konnte von der Politik bisher nicht aufgefangen werden. Daran ändert anscheinend auch der aktuelle Aufschwung wenig. Der Verlust der gesellschaftlichen Dynamik konnte bisher nicht gestoppt und schon gar nicht umgekehrt werden. Dieses grundsätzliche Scheitern gilt mit Abstufungen für alle politischen Kräfte. Die große Mehrheit der politischen Parteien macht noch nicht einmal den Versuch, der Ablehnung der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft etwas entgegenzusetzen. Im Gegenteil, gerade die Linkspartei nutzt nicht nur, sondern schürt geradezu die Angst vor der Sozialen Marktwirtschaft, indem sie die Risiken allzu sehr betont, die Chancen aber verschweigt. Die Linkspartei braucht die Ängste der Menschen, um ihre eigenen politischen etatistischen Lösungsansätze zu rechtfertigen.

Die Volksparteien folgen dieser grundsätzlichen Richtung in mehr oder weniger starker Ausprägung. Das gilt für die Sozialdemokratie, die die politischen Kampfbegriffe der Linken wie Hartz IV ja selber geschaffen hat und nun Angst vor der eigenen Courage bekommen hat, genauso wie für die Union, die sich häufig ohne erkennbaren Widerstand im politischen Linksstrudel mit abwärts ziehen lässt.

Wenn also alle Parteien nach links wandern, dann müsste jetzt ja die Zeit der Liberalen gekommen sein, um die Wähler der Mitte für sich zu gewinnen. Zwar kann die FDP ihre Wahlergebnisse leicht steigern, aber bei weitem nicht das auffangen, was die anderen etablierten Parteien an Zustimmung verlieren. Die immer größer werdende Zahl an Nichtwählern wird dabei anscheinend von niemandem mehr erreicht. Die aktuelle Politik ist noch nicht einmal in der Lage, auf das Ungerechtigkeitsgefühl der Menschen zu reagieren, wenn gut dastehende Großkonzerne Massenentlassungen ankündigen. Niemand hat den Mut angesichts solcher Nachrichten darauf hinzuweisen, dass alleine im letz-

ten Jahr ca. 600.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von der Wirtschaft geschaffen wurden. Allerdings eben nicht von anonymen Großkonzernen, sondern von tausenden kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland. Der von der FDP immer wieder geförderte unternehmerische Mittelstand beweist hier einmal mehr seine gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Kraft. Dennoch verliert die Soziale Marktwirtschaft dramatisch an Vertrauen.

Spätestens jetzt müssen wir erkennen, dass bei aller Richtigkeit unserer liberalen Programmatik etwas fehlt: Eine Vision. Ein gesellschaftliches Bild, das glaubwürdig ist, den Menschen wieder Mut macht und ihnen den Optimismus zurückgibt, der in den letzten zehn Jahren verloren gegangen ist.

Insofern brauchen wir eine Überarbeitung unseres Grundsatzprogramms von 1997. Der Satz "das größte Risiko besteht nicht darin, eine Reform zu machen, sondern eine Reform nicht zu machen" gilt inhaltlich noch heute. Mit der Formulierung von 1997 aber wird man bei der jetzigen Stimmungslage nur sehr begrenzt in der Lage sein, gesellschaftliche Visionen aufzuzeigen und Menschen zu begeistern.

Gerade weil in den letzten Jahren jede auch noch so kleine Veränderung als Reform bezeichnet wurde, gilt für das Wort Reform das gleiche wie bei allen Inflationen: Der Begriff Reform ist in den Augen der meisten Menschen nichts mehr wert, ja, er schreckt viele sogar ab.

Die Wiesbadener Grundsätze waren hervorragend geeignet, um das Profil der FDP als Reformpartei zu schärfen. Genau deshalb ist dieses Grundsatzprogramm angesichts der heutigen Emotionalität nicht mehr in der Lage, eine Vision einer liberalen Gesellschaft aufzuzeigen. Geschweige denn dafür zu begeistern.

In einer Zeit, in der die breite Mehrheit in unserer Gesellschaft, die vielbeschworene Mitte, zunehmend das Vertrauen erst in die Soziale Marktwirtschaft als Garant unseres Wohlstandes und in der Folge in unsere Demokratie und unser Gesellschaftssystem insgesamt verliert, geht das reine Beschwören ei-

nes ordoliberalen Kurses schlichtweg an den Menschen vorbei.

Stattdessen braucht unsere Gesellschaft Mutmacher. Mut zu machen und Optimismus zu verbreiten heißt nicht, alles nur durch eine rosarote Brille zu sehen, sondern Mut und Optimismus heißt, selbst in schwierigen Zeiten nicht aufzugeben, nach Lösungswegen zu suchen und die Zuversicht zu vermitteln, diese auch erfolgreich bestreiten zu können.

Viele Menschen haben in der heutigen Zeit das Gefühl, dass es in allen Bereichen unserer Gesellschaft ungerecht zugeht. Dass dieses latente Gefühl die Eigeninitiative hemmt und individuelle Schaffenskraft erstickt, überrascht dann nicht. Insofern wäre es schon hilfreich, tatsächlich eine Steuerreform mit einer Nettoentlastung in Deutschland umzusetzen. Allerdings nicht als Selbstzweck, sondern einzig und allein, damit die Menschen wieder mehr Gerechtigkeit verspüren. Diejenigen, die den jüngsten Aufschwung ermöglicht haben, wollen ihn auch spüren. Eine Kindergelderhöhung von 10 Euro ist da eher Hohn als ein hilfreicher Beitrag für mehr Vertrauen in unser politisches System. Die vorhandenen Ideen in den Wiesbadener Grundsätzen müssen an dieser Stelle also in einen anderen Zusammenhang gesetzt werden, der die Seele der Menschen von heute berührt.

War der Zusammenhang in unserem Programm von 1997 noch die Idee einer Reformgesellschaft, so ist der wesentlich passendere Zusammenhang für die heutige Zeit ein Liberalismus, der sich aus drei Begriffen speist: Wissen, Toleranz und Zusammenhalt. Begriffe, die nicht neu erfunden werden müssen, sondern zum Liberalismus seit jeher dazugehört haben.

Wissen, als Grundlage für eine freie Gesellschaft. Denn nur durch eine gute Bildung und Ausbildung werden die Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Leben in die eigenen Hände zu nehmen, um es selbst und frei zu gestalten. Der liberale Bildungsansatz von heute darf sich nicht in überholte Schulstrukturdebatten verlieren, sondern muss die Bildungsziele verdeutlichen. Bildung aus unserem Verständnis heraus hat nicht in erster Linie das Ziel, dem Facharbeitermangel zu begegnen, sondern muss jedem einzelnen die Grund-

lage für ein eigenverantwortliches Leben mit auf den Lebensweg geben und echte Chancengerechtigkeit schaffen. Tagespolitisch kann man daraus als Liberaler die Forderung ableiten: Kein Kind verlässt die Schule ohne Abschluss. Daran muss sich Bildungspolitik von heute messen lassen.

Toleranz, als Grundlage für das friedliche Miteinander in Berlin-Kreuzberg genauso wie in ländlichen Gegenden. Denn Toleranz beschreibt den Umgang einer Gesellschaft mit Minderheiten insgesamt. Gerade heute braucht es hier eine klare und deutliche Positionierung einer Bürgerrechtspartei wie der FDP. Denn die Wiesbadener Grundsätze sind noch vor dem 11. September 2001 verabschiedet worden. Die Rolle und Aufgabe einer liberalen Partei in einer sich deutlich verändernden emotionalen und realen Sicherheitslage muss auch von uns neu formuliert werden.

Zusammenhalt, als Grundlage unserer Gesellschaft. Gerade bei diesem wichtigen Thema ist die FDP kaum präsent. Viele Liberale haben geradezu Angst, das Wort Solidarität in den Mund zu nehmen. Dabei ist doch Solidarität ein urliberaler Gedanke. Solidarität in seinem ursprünglichen Sinne: Der Starke hilft dem Schwachen. Sicherlich wird dieser Ansatz allzu häufig in Zusammenhang mit staatlichen Transferleistungen gesehen. Doch selbst hier kann es liberale Alternativen geben. Beispielsweise bei dem „Budget für Menschen mit Behinderungen“. Hier beschränkt sich die Hilfe der Starken als Solidargemeinschaft eben nicht nur auf die bevormundende Hilfe, sondern versucht, gerade den Schwächeren selbst in schwierigen Lebenssituationen Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Eine liberale Familienpolitik, mit dem Ziel Familie wieder als generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft zu ermöglichen, ist ebenfalls nicht nur ein Beitrag, sondern die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wissen, Toleranz und Zusammenhalt. Alle drei zusammen sind als Ausdruck einer liberalen Geisteshaltung in der Lage, der Verunsicherung von heute durch Mut entgegenzutreten.

Und während andere von der Angst leben, um ihre Botschaften zu rechtfertigen, können wir auf den Mut der Menschen setzen und die Neugier der Menschen auf ihr eigenes Leben. Beides, Mut und Neugier sind die Grundlage für die Kreativität, die die Menschen so dringend brauchen, um die Probleme unseres Landes aus eigener Kraft gemeinsam und erfolgreich zu lösen. Es ist kein Zufall, dass die drei Begriffe Mut, Neugier und Kreativität mit dem Wort Freiheit zusammenzufassen sind.

Als Liberale haben wir immer auch einen gesellschaftspolitischen Anspruch. Dieser Anspruch wird mit den Wiesbadener Grundsätzen nur in bezug auf Reformen in den Sozialversicherungssystemen erhoben. Wir müssen mit dem Neuschreiben unseres liberalen Beipackzettels deutlich machen, dass die FDP als liberale Partei mehr ist, als die Ansammlung von guten Reformbeschlüssen im Bereich Steuer, Rente, Pflege oder Gesundheit. Die Wiesbadener Grundsätze setzen den Wunsch der Menschen nach einer Bürgergesellschaft voraus.

Nach den Veränderungen der letzten Jahre aber verstehen viele die Bürgergesellschaft nach dem falschen Motto: „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist auch an alle gedacht.“ Insofern ist es zunächst einmal unsere Aufgabe, die Menschen wieder auf die Bürgergesellschaft neugierig zu machen.

Das gelingt mit einem technokratischen Programm nur bedingt. Es fehlt eine positive Vision für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Getreu dem Motto: Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen, wäre es jetzt also an der Zeit, das Fehlende zu unserem neuzuschreibenden Grundsatzprogramm zu ergänzen. Wenn wir den liberalen Zusammenhang neu finden, dann wird es uns gelingen, in der heutigen Zeit die Menschen vom Liberalismus nicht nur zu überzeugen, sondern sie wieder zu begeistern.



Philipp Rösler
Vorsitzender der FDP Niedersachsen
Hannover, 5. März 2008

